Stadt Kirn Aufhebung des Bebauungsplanes

STADT KIRN

BEBAUUNGSPLAN „TEILGEBIET II – TEICHWEG – GERBERGASSE – SÜDRING“

AUFHEBUNG DES BEBAUUNGSPLANES

VERFAHREN GEMÄß §13A BAUGB

10/2026

Helko Peters

Planungsbüro Helko Peters
Filscher Str. 3 | 54296 Trier
Phon 0651 9953954
mail info@planhp.de | web www.planhp.de

Datum: Montag, 19. Oktober 2026

Bearbeitung
Helko Peters

Inhaltsverzeichnis

1 PLANUNGSANLASS 4
1.1 Beschlussfassung 4
1.2 Planungsanlass und Planungsziel 4
1.3 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs 4
2 PLANERISCHE VORGABEN 6
2.1 Flächennutzungsplanung 6
2.2 Ver- und Entsorgung 6
2.3 Verkehrliche Erschließung 6
2.4 Planinhalte, textliche Festsetzungen 6
3 UMWELTBELANGE 7
4 RECHTSGRUNDLAGEN 8
5 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH DER AUFHEBUNG 9
6 AUFGEHOBENER URSPRUNGSBEBAUUNGSPLAN 10
7 AUFGEHOBENE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES 11
8 AUFGEHOBENE 2. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES 12

1 Planungsanlass

1.1 Beschlussfassung

Der Rat der Stadt Kirn hat in seiner Sitzung vom 25.06.2026 beschlossen, unter Beachtung des § 22 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der derzeit geltenden Fassung, die Aufhebung des Bebauungsplanes für das Teilgebiet II „Teichweg - Gerbergasse - Südring“ und aller Änderungen gem. § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S. 2414, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. 1 S. 1509), im beschleunigten Verfahren.

1.2 Planungsanlass und Planungsziel

Der Bebauungsplan wurde durch den Stadtrat im Jahr 1986 beschlossen und in Kraft gesetzt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine Baulücken mehr vorhanden. Alle Flächen wurden nach Maßgabe der textlichen und zeichnerischen Festsetzungen bebaut bzw. überplant. Eine weitergehende Überplanung fand darüber hinaus durch Straßenverkehrsflächen des „Überfliegers“ statt.

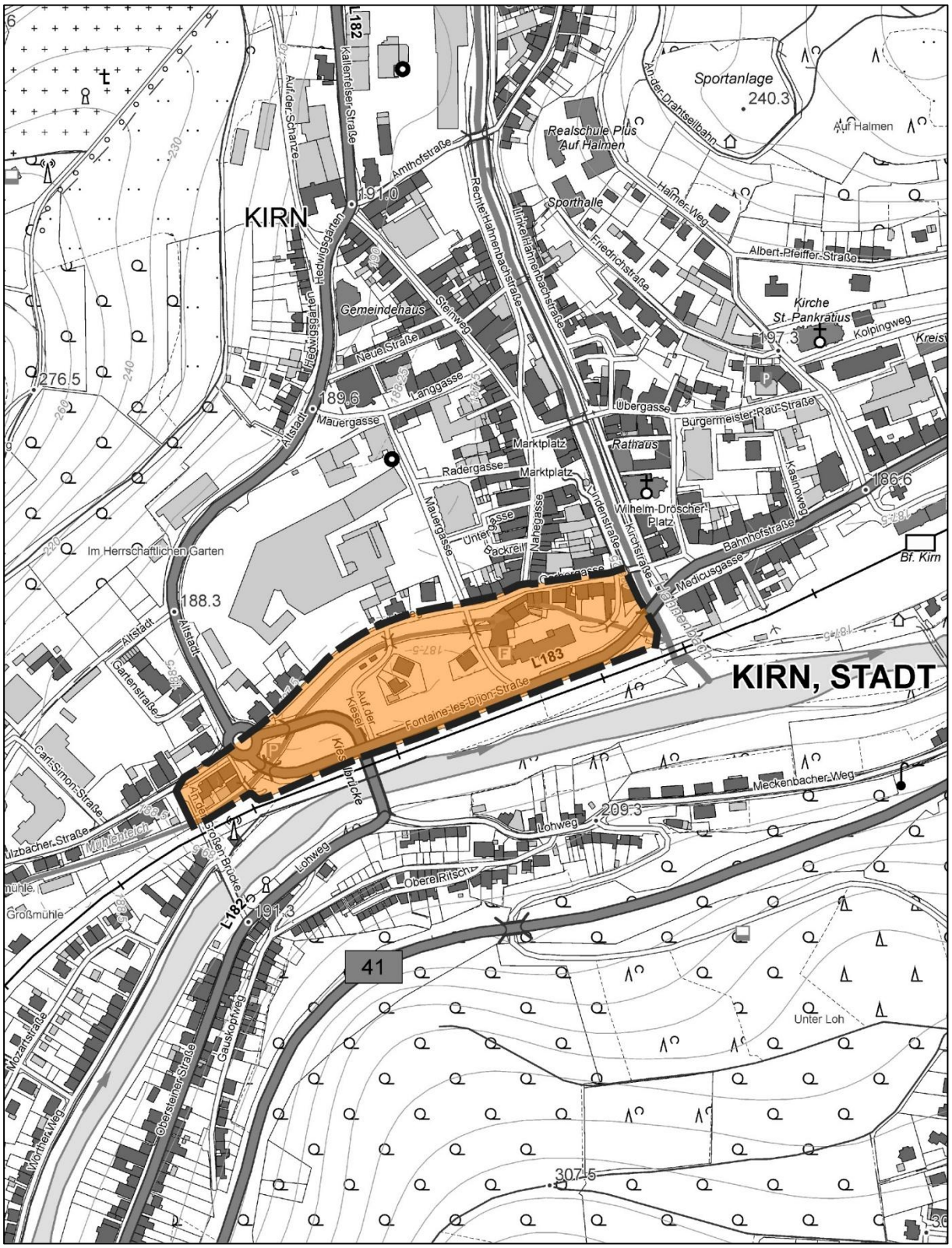
Zukünftige Weiterentwicklungen sollten nicht mehr den Festsetzungen des nun 40 Jahre alten Bebauungsplanes folgen, die sich als nicht mehr zeitgemäß erweisen, sondern sich entsprechend §34 BauGB in der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Eine Beeinträchtigung des Stadtbilds durch die zukünftigen Regelungen des §34 BauGB wird nicht angenommen.

Es zeigt sich verstärkt, dass ein modernes Bauen gefragt ist und die im jetzigen Bebauungsplan getroffenen Regelungen keine weiteren Gestaltungsmöglichkeiten, auch aus energetischen Gesichtspunkten, zulassen (z.B. Dachform, Dachneigung, Firstrichtung). Nebenanlagen und Garagen werden dann nach LBauO zulässig und können nach den jeweiligen Bedürfnissen gestaltet werden.

1.3 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Der räumliche Geltungsbereich der Bebauungsplanaufhebung umfasst folgende Grundstücke: Gemarkung Kirn,

- **Flur 13:** Flst-Nrn.: 6/4, 6/5, 6/6, 6/78/3, 8/4, 9/7, 10/1, 11/2, 11/7, 11/9, 12, 13/8, 13/9, 13/12, 13/16, 13/17, 13/18, 13/19, 13/20, 13/21, 13/22, 14/5, 14/6, 14/7, 15/1, 16/2, 17/1, 18, 19/2, 19/3, 20/1, 21, 24/3, 27/1, 27/2, 27/3, 27/5, 27/6, 27/9, 27/13, 27/15, 27/17, 27/18, 30/10, 32/7, 33/4, 44/7, 47, 48, 49/1, 51, 52/1, 53, 54/1, 54/2, 55/1, 56, 57/2, 58/4, 59/4, 60/2, 60/6, 60/8, 61/1, 61/6, 61/8, 61/9, 61/10;
- **Flur 14:** Flst-Nrn.: 105/4, 105/5 tlw.;
- **Flur 28:** Flst-Nrn.: 5/6 tlw., 5/14 tlw., 12/32 tlw., 12733 tlw., 17/18, 17/19, 17/20, 17/21, 17/22, 17/24, 18, 19, 20, 30/4, 30/5, 30/6, 30/7



Übersichtsplan

2 Planerische Vorgaben

Die Vorschriften des Baugesetzbuches zur Aufstellung von Bebauungsplänen gelten nach § 1 Abs. 8 BauGB auch für ihre Änderung, Ergänzung und Aufhebung.

In formeller Hinsicht kommt für ein isoliertes Aufhebungsverfahren zumeist nur das reguläre Verfahren in Betracht. Eine Anwendung von § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren) ist im vorliegenden Fall jedoch zulässig, da die Aufhebung letztlich nur der Klarstellung dienen soll, dass sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB richtet. Darüber hinaus werden weitere Vorgaben des §13a BauGB erfüllt, da die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht sowie keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter bestehen.

2.1 Flächennutzungsplanung

Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Er entspricht den Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Kirn.

2.2 Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung des Plangebietes ist gewährleistet.

2.3 Verkehrliche Erschließung

Das Plangebiet wird durch die bereits hergestellten Erschließungsstraßen vollständig erschlossen.

2.4 Planinhalte, textliche Festsetzungen

Das Verfahren beinhaltet die Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes. Sämtliche textlichen und zeichnerischen Festsetzungen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches werden aufgehoben.

3 Umweltbelange

Im beschleunigten Verfahren gemäß §13a BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB sowie von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen.

Aufgrund der Aufhebung des Bebauungsplanes ist mit keinen erheblichen Beeinträchtigungen auf besonders schutzwürdige Umweltgüter zu rechnen. Aus heutiger Sicht sind für die Belange des Umweltschutzes höchstens marginale Veränderungen wahrscheinlich und damit keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar. Die Fläche wird sich voraussichtlich nicht merklich anders entwickeln als bei Nichtrealisierung der Aufhebung.

Entsprechend dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) muss für den vorliegenden Bebauungsplan bzw. für Vorhaben die durch den Bebauungsplan zulässig sind, keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Nationale und internationale ausgewiesene Schutzflächen nach FFH- und VSG-Richtlinie bzw. nach BNatSchG sind nicht betroffen.

Es sind im Umfeld des Bebauungsplanes keine gemeldeten Gebiete „gemeinschaftlicher Bedeutung“ vorhanden, die durch die Aufhebung des Bebauungsplanes erheblich betroffen wären.

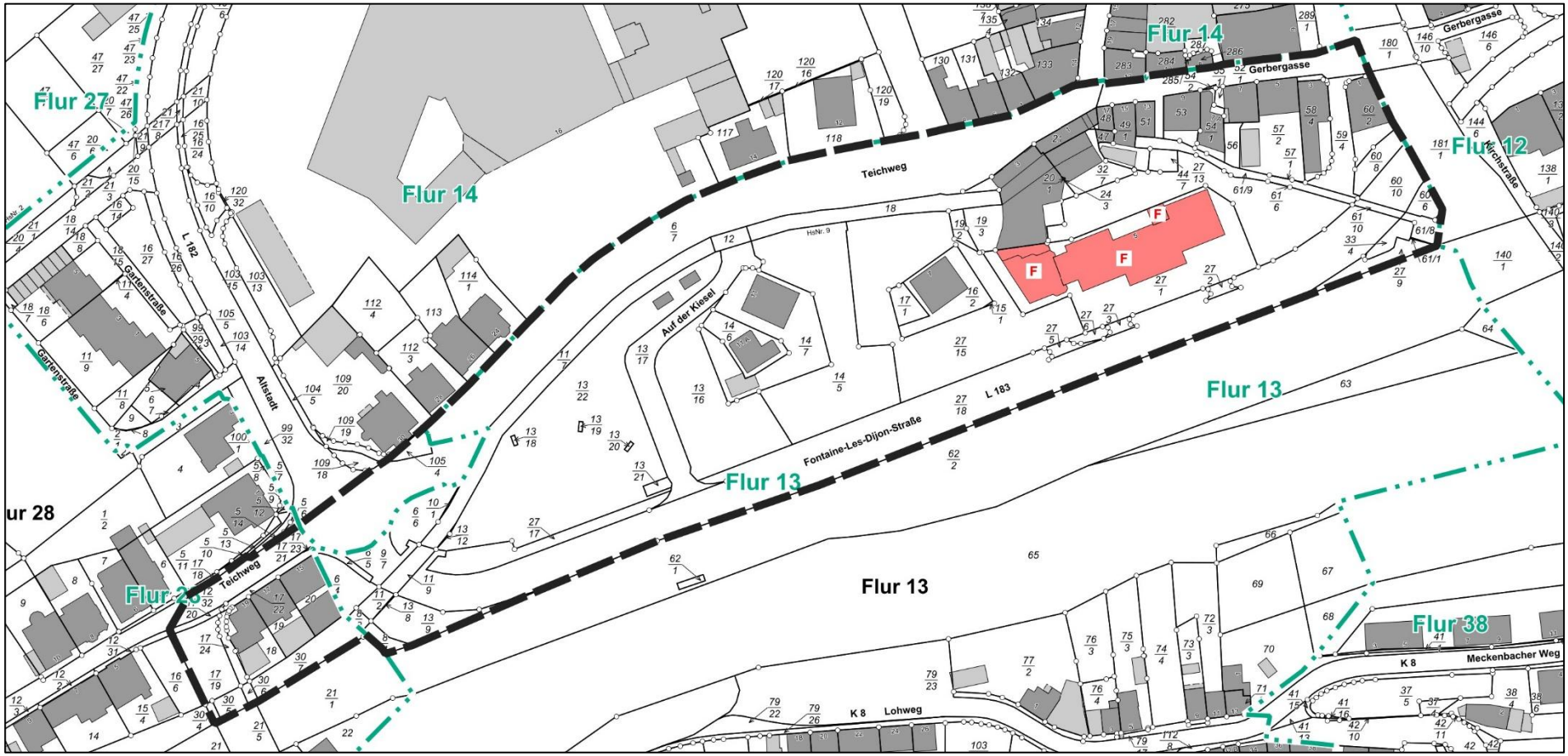
Hinsichtlich des besonderen Artenschutzes ist durch die Aufhebung des Bebauungsplanes davon auszugehen, dass weder gegen das Schädigungsverbot noch gegen das Störungsverbot nach BNatSchG verstoßen wird. Ebenso kann eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach BNatSchG durch die Aufhebung des Bebauungsplanes ausgeschlossen werden.

Durch die Aufhebung des Bebauungsplanes werden Belange des Naturschutzes und der Landespflege nicht berührt, die Eingriffe in Natur und Landschaft wurden im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes nach den zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Vorschriften bilanziert und ausgeglichen.

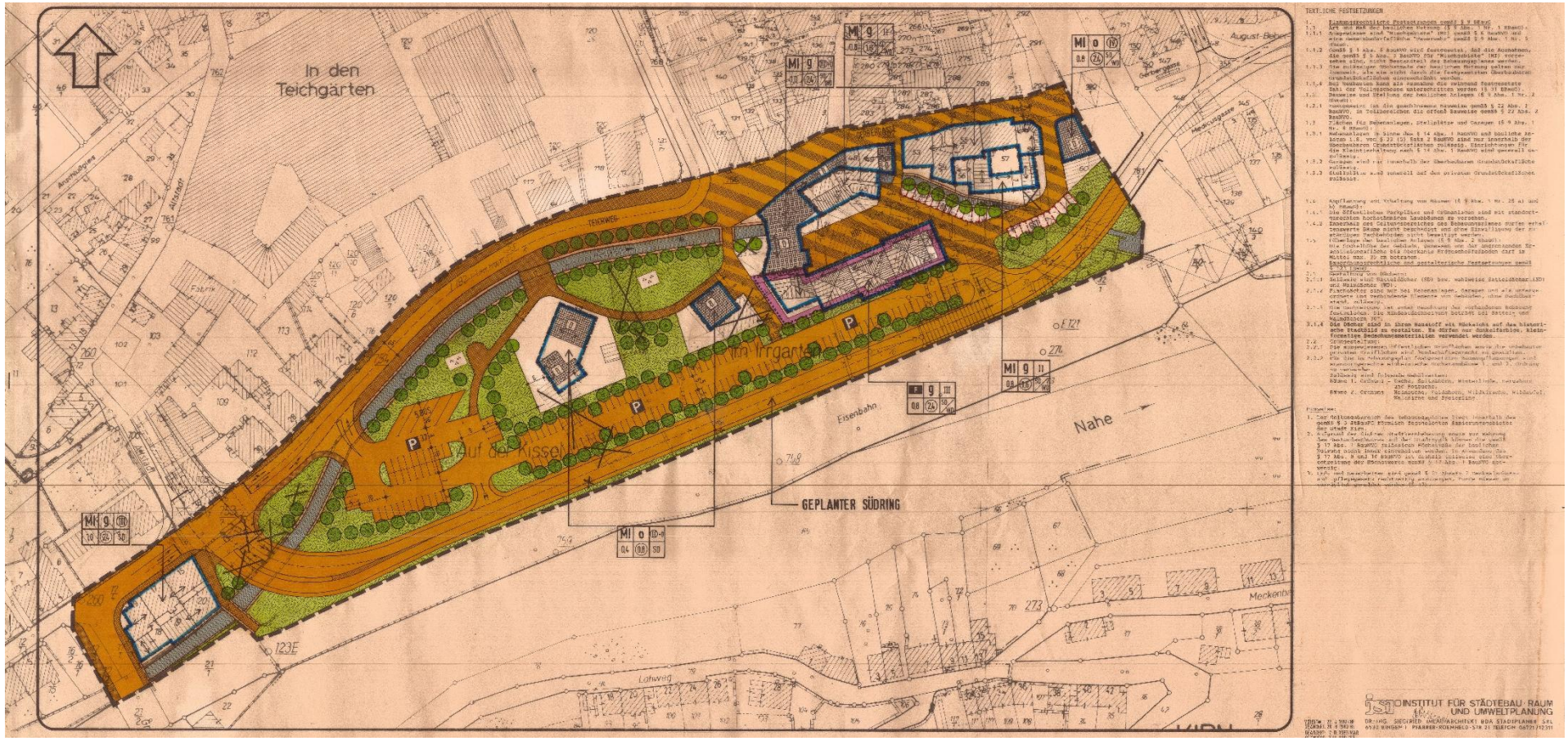
4 Rechtsgrundlagen

1. Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 226) geändert worden ist
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
3. Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist
4. Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22.Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 224) geändert worden ist
5. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 224) geändert worden ist
6. Landeswaldgesetz (LWaldG) vom 30.11.2000, GVBl. S. 504, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27.03.2020 (GVBl. S.98)
7. Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 224) geändert worden ist
8. Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
9. Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. 1998, S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 403)
10. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. 1994, S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133)
11. Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBl. 2005, S. 387), neu gefasst durch Verordnung vom 06.10.2015 (GVBl. 2015, S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
12. Landeskompensationsverordnung (LKompVO) vom 12.06.2018 (GVBl. 2018, S. 160)
13. Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung Bekanntmachung vom 14.07.2015 (GVBl. 2015, S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2025
14. Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. 1978, S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
15. Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juni 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 183) geändert worden ist

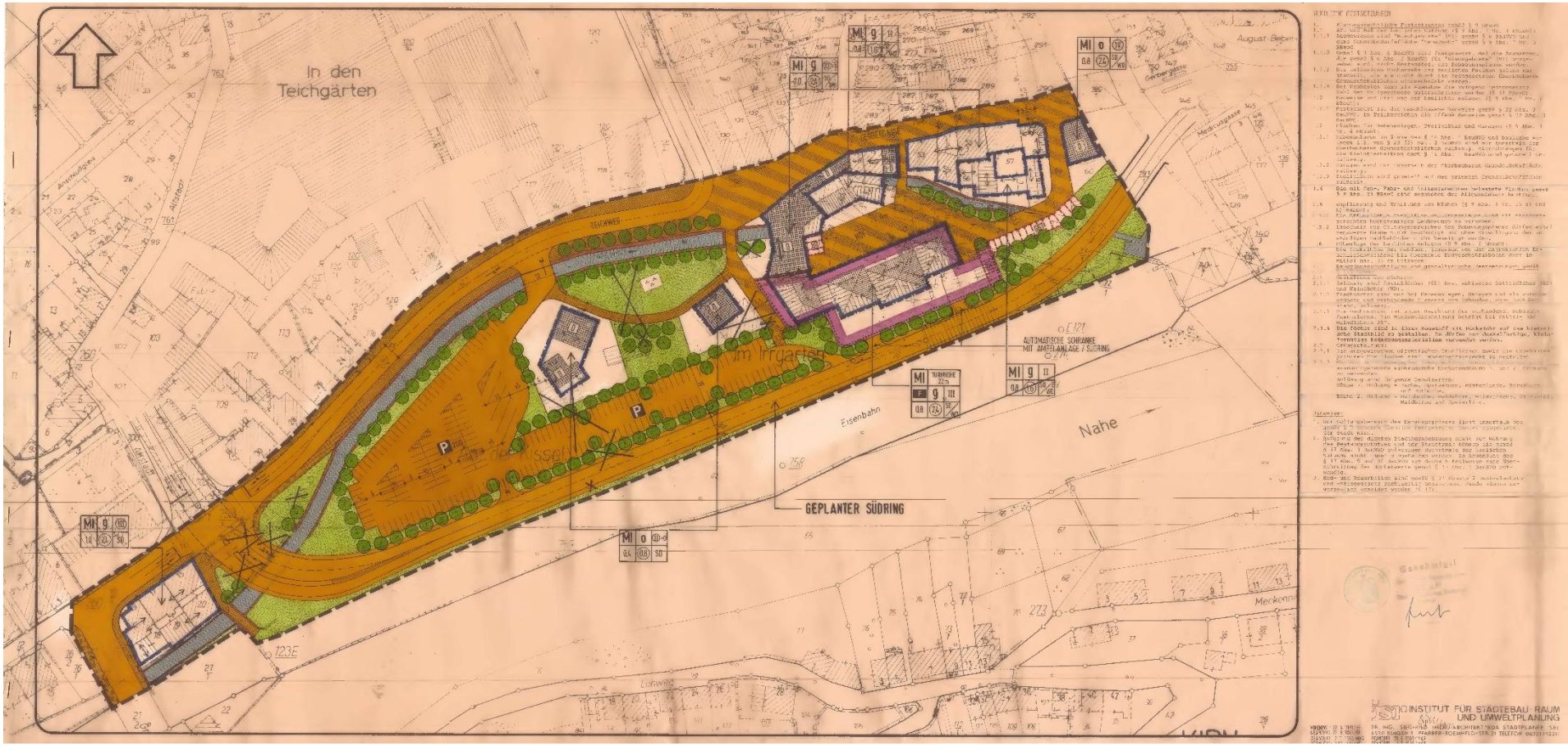
5 Räumlicher Geltungsbereich der Aufhebung



6 Aufgehobener Ursprungsbebauungsplan



7 Aufgehobene 1. Änderung des Bebauungsplanes



8 Aufgehobene 2. Änderung des Bebauungsplanes

